

## INFORMATION

zur Pressekonferenz

mit

**Landesrätin Birgit Gerstorfer**

am 20. Juli 2016

zum Thema

**Perspektiven und Herausforderungen im  
Sozial-Ressort:  
Projekt Sozialressort 2021+**

### Impressum

Medieninhaber & Herausgeber:  
Amt der Oö. Landesregierung  
Direktion Präsidium  
Abteilung Presse  
Landhausplatz 1 • 4021 Linz

Tel.: (+43 732) 77 20-114 12  
Fax: (+43 732) 77 20-21 15 88  
landeskorrespondenz@ooe.gv.at  
www.land-oberoesterreich.gv.at

DVR: 0069264

Rückfragen-Kontakt: *Ing. Harald Scheiblhofer, 0732/7720-14054 od.  
0664/60072-14054, [harald.scheiblhofer@ooe.gv.at](mailto:harald.scheiblhofer@ooe.gv.at)*

## **Sozial-Land Oberösterreich als Garant sozialer und wirtschaftlicher Stabilität**

### **Hunderttausende Oberösterreicherinnen und Oberösterreich nützen jedes Jahr die Leistungen und Angebote des Sozial-Ressorts**

Ein hohes Maß an sozialer Sicherheit ist die Grundlage für eine gute gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung des Bundeslandes Oberösterreich. Starke und funktionstüchtige soziale Angebote machen Mut und geben Halt. Sie versichern gegen Unglücke, die jedem und jeder im Laufe des Lebens geschehen können und garantieren die notwendige Sicherheit, die man braucht, um neue Herausforderungen anzugehen und sich auf Veränderungen einzulassen.

Wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen, die fortschreitende Globalisierung und die immer rascheren Veränderungen am Arbeitsmarkt – hinter all diesen Phänomenen stehen Chancen, aber auch Risiken, die bei vielen Menschen zu einer berechtigten Verunsicherung führen. *„Ohne ein verlässliches und krisenfestes Sozialwesen in Oberösterreich wird es ganz schwer, diese Unsicherheiten, die mit wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen einhergehen, zu zerstreuen und Ängsten neuen Mut und neue Zuversicht entgegenzusetzen“*, analysiert Birgit Gerstorfer.

**Die Absicherung des breiten Leistungsspektrums des Soziallandes Oberösterreich und die laufende Weiterentwicklung der sozialen (Dienst-)Leistungen haben für Gerstorfer höchste politische Priorität. Zum Beginn ihrer Arbeit als Sozial-Landesrätin wird Birgit Gerstorfer eine detaillierte Analyse der Leistungen und Angebote des Sozial-Ressorts beauftragen, und dabei Aspekte der sozialen Treffsicherheit, der Wirtschaftlichkeit und des „social impacts“ der Leistungserbringung in den Mittelpunkt stellen.**

„Als Frau mit mehr als 20 Jahren Managementenerfahrung und als gelernte Qualitätsmanagerin können Sie von mir erwarten, dass ich alle Leistungen und Angebote des Sozial-Ressorts anhand klar messbarer Kriterien der Qualität der Leistungserbringung, aber auch an wirtschaftlichen Kenngrößen der Effizienz und Effektivität evaluieren werde. Dieser fundierte Zugang ist für mich eine Selbstverständlichkeit und Grundlage einer jeden Bemühung zur Weiterentwicklung“, betont Gerstorfer.

### **Ausgangslage und Leitungsspektrum**

Das Sozialressort des Landes Oberösterreich hat in den vergangenen zwei Jahrzehnten einen massiven Ausbau des Leistungsspektrums erfahren. Es steht außer Zweifel, dass Oberösterreich mit heutigem Stand über hochentwickelte Angebote verfügt und in vielen

Bereichen als Benchmark für andere Bundesländer gilt. Dieses breite Leistungsspektrum kann durch das Sozial-Ressort mit einem Budgetanteil von rund 10 % des gesamten Landesbudgets bzw. mit nur 1% des Bruttoregionalproduktes, also der jährlich in Oberösterreich generierten Wertschöpfung, zur Verfügung gestellt werden. Gleichzeitig sichern die Angebote und Leistungen des Sozial-Ressorts rund 25.000 Arbeitsplätze und legt das Fundament für einen Arbeitsmarkt mit großen Entwicklungspotentialen.

Ein Ausschnitt aus dem breiten Leistungsspektrum des Sozial-Ressorts verdeutlicht die Bedeutung des Soziallandes Oberösterreich:

#### *Chancengleichheit von Menschen mit Beeinträchtigungen*

- rund 11.500 **Menschen mit Beeinträchtigungen** erhalten eine oder mehrere Leistungen nach dem Oö. Chancengleichheitsgesetz und damit Arbeit, berufliche Qualifizierung und geeigneten Wohnraum
- knapp 2.250 **Menschen mit Beeinträchtigungen** nehmen Mobile Betreuung und Hilfe, Heilbehandlungen und Therapiekostenzuschüsse in Anspruch
- rund 1.000 **Kinder mit Beeinträchtigungen** erhalten eine Frühförderung

#### *Altenbetreuung- und Pflege*

- gemäß dem Leitsatz „mobil vor stationär“ werden 45.000 **ältere Menschen** in den Alten- und Pflegeheimen (15.000 Personen) bzw. mittels Mobiler Dienste (30.000 Personen) betreut

#### *Kinder- und Jugendhilfe*

- 7.500 **Eltern** nutzen die Elternbildungsangebote der Jugendwohlfahrt und rund 3.700 Kinder erhalten eine sozialpädagogische Betreuung
- rund 20.000 **minderjährige Oberösterreicher/innen** werden pro Jahr in Unterhaltsfragen unterstützt und vertreten
- 15.000 **Kinder** erhalten eine logopädische Untersuchung und 2.900 eine logopädische Behandlung
- mehr **als 60 Schulsozialarbeiter/innen** betreuen pro Jahr rund 2.750 Schüler/innen und werden ca. 38.000 Mal von Schüler/innen, Lehrer/innen und Eltern kontaktiert.
- rund **17.500 Kinder und Jugendliche** finden Hilfe und Beratung bei der Kinder- und Jugendanwaltschaft

#### *Hilfe in Krisen und Notfällen*

- jährlich werden die **psychosozialen Beratungsstellen** mehr als 70.000 Mal kontaktiert, die Einrichtungen der **Krisenintervention** zählen weitere 9.000 Kontakte im Jahr
- 10.000 Menschen wird von den **Schuldnerberatungseinrichtungen** geholfen
- 11.700 Besuche gibt es in **niederschweligen Suchteinrichtungen**

- Rund 14.000 Personen in OÖ die erhalten die **Nothilfe der Mindestsicherung**
- 630 Personen nützen die Angebote von **Notschlafstellen**, weitere 3.400 Personen nutzen das Angebot in **Tageszentren**
- In den fünf **Frauenhäusern** waren in Summe 202 Frauen und 219 Kinder in Summe 10.890 Tage untergebracht und tausende Beratungsgespräche geführt

## **Budgetäre Rahmenbedingungen**

Der notwendige, bedarfsorientierte Ausbau der vergangenen Jahrzehnte, der immer in Abstimmung mit dem Finanzreferenten der Landesregierung erfolgte, hat, in Kombination mit verengten budgetären Spielräumen seit der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008, dazu geführt, dass einige Leistungsteile des Sozialressorts durch Vorgriffe auf nachfolgende Budgets abgesichert werden mussten. Diese nicht-fälligen Verwaltungsschulden, die sich derzeit auf 45 Millionen Euro belaufen, sind bis zum Ende der Legislaturperiode abzubauen.

Im Zuge der Finanzklausur der Oö. Landesregierung konnte das bereits mit dem Finanzreferenten vereinbarte durchschnittliche jährliche Wachstum des Sozialbudgets um 5 Prozent außer Streit gestellt werden. Das Kernbudget der Abteilung Soziales wird damit im VA 2016 rund 514 Mio. Euro betragen, wobei 80 % dieser Mittel in den Bereich des Chancengleichheitsgesetzes fließen. Weitere 58,8 Millionen Euro sind für den Pflegefonds und 15,2 Millionen Euro für die Hauskrankenpflege außerhalb des Basisbudgets vorgesehen.

## **Zukünftige Entwicklungen**

Eine enorme Herausforderung des Sozial-Ressorts besteht darin, den demographischen und gesellschaftlichen Entwicklungen Rechnung zu tragen. Der steigende Anteil an älteren Menschen in unserer Gesellschaft führt zwar nicht zu analog steigenden Mehrbedarfen in der Betreuung- und Pflege, aber dennoch gehen Prognosen davon aus, dass im Jahr 2040 rund 125.000 pflege- und betreuungsbedürftige Oberösterreicher/innen ein entsprechendes Angebot zur Verfügung zu stellen sein wird. Vor ähnlichen Herausforderungen steht das Land Oberösterreich im Bereich der Inklusion von Menschen mit Beeinträchtigungen. Auch hier gilt es den steigenden Bedarfen im Bereich des Wohnens, der persönlichen Assistenz und der Beschäftigungsmöglichkeiten Rechnung zu tragen. Letztendlich hat natürlich auch die wirtschaftliche Situation in Oberösterreich großen Einfluss auf die Möglichkeiten des Sozialressorts: Steigende Arbeitslosigkeit impliziert steigende Sozialleistungen.

**„Sozial-Ressort 2021+“**

Im Wissen um die Herausforderungen und engen budgetären Spielräume wird Landesrätin Birgit Gerstorfer gemeinsam mit Dr. Michael Slapnicka, der ab 01. September die Leitung der Abteilung Soziales übernehmen wird das Projekt „Sozial-Ressort 2021+“ einleiten.

### **Für das Projekt gelten folgenden Rahmenbedingungen**

1. Orientierung am vorgegebenen mittelfristigen Budgetpfad unter der Prämisse einer Steigerung des Kernbudgets im Sozialbereich mit jährlich 5% entsprechend der in der Finanzklausur der Oö. Landesregierung erneuten politischen Vereinbarung zwischen allen Landtagsparteien und Abbau der nicht-fälligen Verwaltungsschulden bis zum Ende der Legislaturperiode.
2. Einbindung aller Stakeholder im Sozialbereich (Betroffene bzw. Interessensvertretung der Betroffenen, Fachabteilungen des Landes, Trägerorganisationen, Gewerkschaften, Städte- und Gemeindebund, politische Parteien).

### **Die abzuarbeitenden Teilziele des Projektes:**

1. Evaluierung aller Produktgruppen des Sozialressorts und Darstellung in Form einer Social-Impact-Analyse (Kosten- und Ertragsstrukturen, Wirkungsanalyse, Prognosewerkzeuge). *„Doing the right things & doing the things right“*
2. Evaluierung aller Leistungen (insbesondere Förderungen im Ermessensbereich) des Sozial-Ressorts im Hinblick auf ihre Wirtschaftlichkeit & Treffsicherheit
3. Evaluierung der landesgesetzlichen Grundlagen
4. Darlegung und Umsetzung von Verwaltungs- und Organisationsvereinfachungen. Implementierung von Anreizsystemen in den Träger- und Verwaltungseinheiten zur Implementierung eines laufenden Verwaltungsvereinfachungsprozesses.
5. Aufbauend auf den 2015 getroffenen Vereinbarungen: Bedarfsplanung ChG-Bereich und Entwicklung adäquater Prognosewerkzeuge sowie Darstellung der Kosten für eine vollständige Bedarfsabdeckung im Bereich der Betreuung von Menschen mit Beeinträchtigungen zur Herbeiführung einer politischen Grundsatzentscheidung. *„Bekanntnis zur UN-Behindertenrechtskonvention und zum ChG heißt Finanzierung dieser Leistungen außer Streit zu stellen“.*

6. Analyse der Novelle des Mindestsicherungsgesetzes. Mehrkosten der mangelhaften Gesetzgebung sowie Mehrkosten aus dem voraussichtlichen Ausstieg des Landes OÖ aus der Artikel 15a B-VG Vereinbarung (Krankenversicherung) sind den Verursachern, nicht dem Sozial-Ressort anzulasten, insbesondere weil der Kostenansatz für das Sozial-Ressort nicht steuerbar ist.
7. Evaluierung der Angebote der mobilen Dienste im Hinblick auf die Hebung von Synergiepotentialen und Prüfung der Sinnhaftigkeit und Wirtschaftlichkeit von Sprengelorganisation
8. Analyse der Finanzierungsströme im Sozialbereich zwischen Bund, Land und den regionalen Trägern sozialer Hilfe (Magistrate, SHVs)

Nachdem der Dienstantritt des zukünftigen Leiters der Abteilung Soziales, Dr. Michael Slapnicka, mit 01. September 2016 vorgesehen ist, kündigt Landesrätin Gerstorfer an, die Auftaktsitzung der Projektgruppe Mitte September 2016 einberufen.